Niederschrift

über den öffentlichen Teil der Sitzung
der Gemeindevertretung (Gemeinde Haßmoor) am Dienstag, 18. Juni 2024,
im Dorfgemeinschaftshaus Haßmoor, Hauptstr. 41, 24790 Haßmoor

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 20:05 Uhr

Gesetzliche Mitgliederzahl: 9

davon anwesend: 8

Anwesend sind:

a) stimmberechtigt:

Bürgermeisterin

Sylvia Ullrich

2. stellv. Bürgermeisterin

Hanna Wieben

Gemeindevertreter/in

Tanja Hamkens

Klaus Kühl

Jan-Christoph Mach

Stefan Prang

Kai Rathjen

Stephan Rupprecht

b) nicht stimmberechtigt:

Mitglieder der Verwaltung

Leitender Verwaltungsbeamter

Jan Rüter

Protokollführung

Anja Theis

c) entschuldigt:

1. stellv. Bürgermeister

Dirk Ehlers

TAGESORDNUNG:

öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Tagesordnung, Beschlussfassung über die Tagesordnung und evtl. Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 35 II GO SH
3. Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 19.09.2023 und 13.03.2024

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin
5. Einwohnerfragestunde
6. Bericht der Amtsverwaltung
7. Mitteilungen und Anfragen der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter

nicht öffentlicher Teil

8. Grundstücksangelegenheiten
9. Bericht der Amtsverwaltung
10. Mitteilungen und Anfragen der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter

GV5-10/2024

öffentlicher Teil

11. Bekanntgabe von in nicht öffentlicher Sitzung gefasster Beschlüsse
12. Schließung der Sitzung

TOP 1.: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Bürgermeisterin Sylvia Ullrich eröffnet die Sitzung um 19:30 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

Die Bürgermeisterin stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 05.06.2024 form- und fristgerecht unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen wurde. Tag, Ort und Stunde der Sitzung sind öffentlich bekannt gemacht worden. Gegen die ordnungsgemäße Einladung werden keine Einwendungen erhoben. Frau Ullrich stellt weiterhin fest, dass die Gemeindevertretung aufgrund der Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist.

TOP 2.: Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Tagesordnung, Beschlussfassung über die Tagesordnung und evtl. Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 35 II GO SH

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Durchführung der Sitzung mit der vorstehenden Tagesordnung sowie die Behandlung der Tagesordnungspunkte 8. 9. und 10. in nicht öffentlicher Sitzung, da gem. § 35 Abs. 1 GO berechnete Interessen einzelner es erfordern.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 0 Stimmenthaltungen, 0 befangen

TOP 3.: Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 19.09.2023 und 13.03.2024

Einwendungen gegen eine Niederschrift müssen nach § 25 Abs. 6 GeschO innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt des Protokolls eingegangen sein. Die angepasste Niederschrift vom 19.09.2023 wurde der Gemeindevertretung am 13.03.2024 zur Kenntnis gegeben. Einwendungen wurden innerhalb der Frist nicht erhoben. Sie gilt somit als genehmigt. Die Niederschrift der Sitzung vom 13.03.2024 wurde der Gemeindevertretung am 05.06.2024 zur Kenntnis gegeben. Einwendungen wurden innerhalb der Frist nicht erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

TOP 4.: Mitteilungen der Bürgermeisterin

Frau Ullrich berichtet, dass die Sanierung des Hübeker Wiesenweges abgeschlossen ist, es sind bereits positive Rückmeldungen erfolgt.

Zudem informiert die Bürgermeisterin, dass hinsichtlich der Fahrt zu den Karl-May-Festspielen in Bad Segeberg, die alle zwei Jahre stattfindet, ein Gespräch mit dem Heimat- und Kulturverein stattgefunden hat. Demzufolge ist angedacht, die Kosten der Busfahrt in Höhe von insgesamt 900,00 EUR jeweils hälftig auf den Heimat- und Kulturverein sowie die Gemeinde Haßmoor aufzuteilen. Die Gemeindevertretung erklärt ihr Einverständnis, die hälftigen Kosten in Höhe von 450,00 EUR zu übernehmen.

Beim Vogelschießen soll mit einem Aushang auf die Veranstaltung hingewiesen werden.

Hinsichtlich der Interimslösung für die Verlegung des Stromkabels für einen Löschhydranten ist das entsprechende Material bestellt; die Umsetzung soll in Kürze erfolgen.

TOP 5.: Einwohnerfragestunde

Es ergehen keine Wortmeldungen.

TOP 6.: Bericht der Amtsverwaltung

Der Leitende Verwaltungsbeamte, Herr Rüter, berichtet, dass Gemeinden bis zu 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner bis 30.06.2028 eine kommunale Kälte-Wärme-Planung zu erstellen haben. Entsprechende landesrechtliche Vorschriften in Bezug auf die Umsetzung des Verfahrens, in kleineren Gemeinden soll ein vereinfachtes Verfahren möglich sein, wird der Landesgesetzgeber am Jahresende 2024/ Jahresanfang 2025 beschließen. Bei dem Kälte-Wärme-Plan handelt es sich um ein strategisches Planungsinstrument, das die möglichen Handlungsfelder auf kommunaler (gemeindlicher) Ebene darstellt. Dabei kann die Einordnung in Teilgebiete unterschiedlicher Wärmeversorgungsvarianten erfolgen, allerdings nicht in detaillierter Anlagenauslegung. Es besteht für die Gemeinden keine rechtliche Verbindlichkeit, eine Wärmeversorgungsvariante umzusetzen. Der Kälte-Wärme-Plan ist bei der Bauleitplanung auch zu berücksichtigen.

Für die Erarbeitung der Wärmeversorgungsvarianten vor Ort empfiehlt es sich, einen Arbeitskreis zu bilden.

Verwaltungsseitig wird es zu diesem Thema nach den Sommerferien im Herbst d. J. eine Informationsveranstaltung für die Öffentlichkeit geben, bei der auch geplant ist, dass der Verbraucherschutz näher betrachtet wird. Die Bekanntgabe des Termins wird noch erfolgen.

Das Kindertagesstättengesetz (KiTaG) ist reformiert worden. Die Reformierung war befristet bis zum 31.12.2024. Die Trägerverträge wurden seinerzeit angepasst und auch bis 31.12.24 befristet. Innerhalb dieses Zeitraumes sollte eine Evaluierung vorgenommen werden, um

festzustellen, ob die Änderungen zum gewünschten Erfolg (Qualitätssteigerung der Kinderbetreuung) führen werden.

Nach der Übergangsphase sollten die Finanzströme dahingehend geändert werden, dass die Standard-Qualitäts-Kostenmodell-Mittel (SQKM-Mittel) nicht mehr vom Kreis an die Standortgemeinden gezahlt werden, sondern ab 01.01.2025 direkt an die Träger der Kindertagesstätten. Die Landesregierung hat im Mai angekündigt, dass das KiTaG noch in 2024 in zwei Schritten überarbeitet wird. Im ersten Schritt soll der Landtag noch im Juli ein Vorschaltgesetz beschließen, damit ab dem 01.01.2025 die Finanzströme weiterhin über die Standortgemeinden gezahlt werden. Da die meisten Träger defizitär sind und die Kommunen Kita-Plätze in ausreichender Anzahl zur Verfügung stellen müssen, werden ab 01.01.2025 neue Trägerverträge mit den einzelnen KiTa-Trägern geschlossen werden müssen. Die Gesetzesänderung des KiTaG's wird voraussichtlich im November 2024 verabschiedet.

TOP 7.: Mitteilungen und Anfragen der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter

Es ergehen keine Wortmeldungen.

Bürgermeisterin Ullrich schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:58 Uhr.

TOP 11.: Bekanntgabe von in nicht öffentlicher Sitzung gefasster Beschlüsse

Im Anschluss an den nicht öffentlichen Teil der Sitzung stellt die Bürgermeisterin die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nicht öffentlichen Teil ein Beschluss in einer Grundstücksangelegenheit gefasst wurde.

TOP 12.: Schließung der Sitzung

Die Bürgermeisterin Sylvia Ullrich bedankt sich für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 20:05 Uhr.

gez. Ullrich

Sylvia Ullrich
(Die Bürgermeisterin)

Osterröfeld, 09.07.2024

gez. Theis

Anja Theis
(Protokollführung)